

DURCHBLICK

JUGEND UND
WIRTSCHAFT
IM NORDWESTEN

Eine Aktion von NWZ und LzO

Heute lesen Sie eine Sonderseite mit Artikeln, die Schüler als Reporter für die NWZ-Aktion „Durchblick – Jugend und Wirtschaft im Nordwesten“ geschrieben haben. Fünf Gymnasien aus dem Oldenburg Land nehmen an dem Projekt teil. Unterstützt wird „Durchblick“ von der Landessparkasse zu Oldenburg (LzO) und dem Aacheener Institut zur Objektivierung von Lern- und Prüfungsverfahren (IZOP). Ein Jahr lang bekommen die Schüler die NWZ kostenfrei zugestellt. Sie können Themen für ihre Facharbeiten entwickeln und gleichzeitig als Journalisten für die Zeitung arbeiten. Heute stellen die Schüler des Seminarfachs „Allgemeine Wirtschaftslehre“ von der Cäcilien-Oldenburg ihre Ergebnisse vor.

→ Ein Durchblick-Spezial unter www.NWZonline.de/durchblick

Wird wohnen bald wieder billiger?

OLDENBURG/KR – Grundstücke und Wohnungen bleiben stark gefragt. Aber die Spitze der Immobilienpreise scheint erreicht, heißt es in einem aktuellen Immobilienbericht. Für Cord Grasse, Geschäftsführer der Maklerfirma Fritz Wübberhorst, hat sich der Trend aus dem Frühjahrsbericht bestätigt. Dort habe sich gezeigt, „dass der starke Preisauftrieb der vergangenen Jahre weitestgehend zum Erliegen gekommen ist“. Inzwischen mehrten sich „die Indizien, dass die Spitze der Immobilienpreise erreicht ist“. Der Zeitraum, innerhalb dessen eine Immobilie verkauft werde, verlängere sich allmählich. Die Entscheidungen würden stärker abgewogen.

NWZ-PROJEKTRDAKTION

Durchblick

Gaby Schneider-Schelling, Tel. 0441/9988 2006
Niklas Benter (nbe), Nils Coordes (nco),
Tel. 0441/9988 2132
projektreddaktion@nwzmedien.de
Medienhaus Peterstraße
26121 Oldenburg

Fahrverbote großer Nachteil für den Einzelhandel

UMWELTSCHUTZ Dürfen Dieselfahrzeuge in Großstädten bald nicht mehr in die Innenstadt fahren?

VON JULIA HOLLJE-LUERSSSEN
VON DER CÄCILIENSCHULE
OLDENBURG

OLDENBURG – Die Stickoxidbelastung in den Innenstädten nimmt immer weiter zu. Ist ein Fahrverbot die Lösung?

Seit einiger Zeit wird über zu hohe Stickoxidwerte in der Luft berichtet. Der Einbau von Manipulationssoftware in Dieselfahrzeuge durch Volkswagen (VW) hat das Thema noch zusätzlich angeheizt. Diesel-Pkw stoßen zu viele Stickoxide aus, die die Umwelt verschmutzen. Als eine

Lösung sind „Fahrverbote für Dieselfahrzeuge“ im Gespräch. Diese sollen besonders in den Großstädten, die einen deutlich zu hohen Anteil an Stickoxiden in der Luft aufweisen, durchgesetzt werden. Von diesen Fahrverboten werden aber weitestgehend nur Besitzer von älteren Autos betroffen sein, da neuere Wagen bessere Werte aufweisen.

Diese Fahrverbote hätten wirtschaftliche Nachteile. Die älteren Autos müssten umgerüstet werden. Dabei stellte sich die Frage wer diese Umrüstung bezahlen soll. Ist eine

Umrüstung technisch nicht möglich, bleibt offen, was mit diesen Fahrzeugen geschehen soll. Ein Weiterverkauf wird schwer möglich sein, da diese nur eingeschränkt nutzbar wären.

Ein anderer wirtschaftlicher Aspekt ist ebenfalls von Bedeutung. Käme es in deutschen Innenstädten wirklich zu einem Dieselfahrverbot, könnte der Einzelhandel Einbußen zu verzeichnen haben. Der ohnehin schon florierende Internethandel könnte noch stärker zunehmen, da viele Käufer Waren nicht

mehr vor Ort kaufen und mit dem eigenen Diesel-Pkw nach Hause transportieren können.

Als Alternative mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Stadt zu fahren, wird für viele nicht in Betracht kommen. Die Nachfrage nach neuen Dieselfahrzeugen könnte verhalten sein, da die Kunden skeptisch bleiben werden, ob auch in Zukunft solche Dieselfahrzeuge nicht betroffen sein werden.

Auch Oldenburg ist von zu hohen Stickoxidwerten betroffen. Oldenburgs Oberbürgermeister Jürgen Krogmann

hofft, Fahrverbote und damit auch die wirtschaftlichen Probleme, vermeiden zu können.

Er sieht jedoch hier auch die Bundespolitik in der Verantwortung, indem Kommunen auch finanziell unterstützt werden.

Die Stadt Oldenburg hat bereits viele Ideen erarbeitet, um den Wert der Stickoxide auch ohne ein Dieselfahrverbot zu senken. Diese Ideen sind bereits dem zuständigen Ministerium zugeleitet worden. Eine Reaktion darauf steht noch aus.

Hohe Nachfrage nach Immobilien

LUXUSWOHNEN Preise und begrenzte Wohnbauflächen sorgen für Kopfzerbrechen in Oldenburg

Familien und Senioren finden in der Universitätsstadt Oldenburg keinen bezahlbaren Wohnraum mehr.

VON AMELY HESSE VON DER
CÄCILIENSCHULE OLDENBURG

OLDENBURG – Die Immobilienpreise in der Universitätsstadt steigen, steigen und steigen. So liegen sie für Wohnbaugrundstücke bei bis zu 400 Euro pro Quadratmeter.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Die Stadt ist besonders für Akademiker ein Magnetpol. Die Universitätsstadt lockt durch ihre Forschungseinrichtungen wie zum Beispiel die Carl-von-Ossietzky-Universität hochqualifizierte Arbeitnehmer und auch Studenten an.

Die gute Infrastruktur, der hohe Freizeitwert, das Grün in den Parkanlagen und die geschätzte Nähe zur Nordsee treiben die Immobilienpreise in die Höhe. Die guten Autobahnverbindungen, wie zum Beispiel nach Bremen, lassen die Stadt auch für Pendler attraktiv erscheinen. Die Folge ist, dass die Nachfrage nach Immobilien das Angebot übertrifft. Villen beispielsweise in der Gartenstraße übertrumpfen die eine Million-Euro-Marke. Weiterhin kos-



So soll es nach Plänen der Architekten am Kanal-Einlauf am Stadthafen in einigen Jahren aussehen. 350 neue Wohnungen sollen dort entstehen, 160 Millionen Euro werden investiert.

BILD: KUBUS-IMMOBILIEN

ten Eigentumswohnungen in Innenstadtnähe schon um 4000 Euro je Quadratmeter.

Um diesem Bedarf einigermassen entsprechen zu können, werden Brachflächen aktiviert und Amtsgelände einer anderen Nutzung zugeführt. Ganze Stadtteile werden zu neuen Wohngebieten geformt, beispielsweise der ehemalige Fliegerhorst an der

Alexanderstraße sowie das ehemalige Kasernengelände in Donnerschwee.

All diese Maßnahmen reichen allein aber nicht aus. Eine Entspannung der Lage auf dem Immobilienmarkt ist nur durch die Ausweisung zusätzlicher Neubaugebiete zu erreichen, wie aktuell in Eversten, Nadorst und Donnerschwee. Dabei sind besonders

Häuser mit fünf Zimmern, sowie Zwei- bis Drei-Zimmer-Wohnungen gefragt.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln prognostiziert, dass der Sog nach Oldenburg noch lange anhalten wird. So wird auf dem Wohnungsmarkt bis zum Jahre 2030 ein Nachfrageplus von 5,8 Prozent erwartet.

In Zukunft müssen Bauträ-

ger und Investoren aufgefordert werden, Wohnraum zu akzeptablen Preisen zu schaffen. Von einer „gesunden Entwicklung“ trotz immer weiter ansteigender Preise sei laut Experten trotzdem die Rede. „Aber nicht jeder Preis wird auch gezahlt“, so Jan Meyer-Sach, Geschäftsführer des Immobilienbüros Engel & Volkers.

Die Lösung auf dem Teller

ANALYSE Wie Fleischkonsum zum Klimawandel beiträgt

VON MIRJA KLEINICHEN VON DER
CÄCILIENSCHULE OLDENBURG

OLDENBURG – Zuletzt der Weltklimagipfel in Bonn zeugte davon, dass der Klimawandel zu einem immer größeren globalen Problem wird. Doch nicht nur die Politiker, sondern vor allem der normale Bürger kann und muss zur Lösung beitragen.

Faktisch liegt der Fleischkonsum in Deutschland bei 60 Kilogramm Fleisch pro Kopf, Tendenz leicht rückläufig. 36,2 Kilogramm stammen dabei vom Schwein, 12,5 Kilogramm ist Geflügelfleisch und 9,7 kg Fleisch vom Rind. Dieses Verhalten der Deutschen trägt in der Masse immens zu den Treibhausgasemissionen bei.

Dabei wird unterschieden zwischen direkter und indirekter Emission. Unter direkter Treibhausgasemission versteht man solche, die durch Verdauung der Wiederkäuer entstehen.

Die indirekte Emission lässt sich jedoch nicht so leicht messen: Aufgrund des



Steak gilt als nicht klimafreundlich. DPA-BILD: AXEL HEIMKEN

hohen Bedarfs an Soja als Futtermittel trägt der Fleischkonsum zur Rodung von Urwäldern sowie Zerstörung von Ökosystemen und natürlichen Ressourcen bei. Das führt zu vermehrtem Treibhausgasausstoß, denn Kohlenstoffdioxid wird freigesetzt und zusätzlich kann nicht mehr so viel von dem Treibhausgas gespeichert werden. Des Weiteren entstehen bei

der Verarbeitung des Fleisches, dessen Transport und der Endlagerung Treibhausgas.

Es wird sichtbar, dass die genaue Emission von mehreren Faktoren abhängt. So kann der Verbraucher schon Emission einsparen, wenn er diesen Faktoren Beachtung schenkt. Die Haltungweise und die Art des Fleisches gehören zu wichtigen Faktoren. So gilt Rindfleisch im Hinblick auf den Klimawandel als das problematischste.

Eine Studie des WWF zeigt sogar, dass in Deutschland eine Einsparung von neun Millionen Tonnen Treibhausgasemission erreicht werden kann, wenn jeder deutsche Bürger ein Mal pro Woche auf Fleisch verzichtet.

Übrigens: Es gibt zahlreiche Ersatzprodukte wie beispielsweise Tofu. Auch lohnt sich ein geringerer Fleischkonsum nicht nur in Bezug auf den Klimawandel, sondern auch mit Sicht auf den Geldbeutel und die gesunde Ernährung.

Hauptstraßen werden entlastet

VERKEHR Fünf Streckenvarianten für Fliegerhorst-Gelände

VON CORD RÜSCHER VON DER
CÄCILIENSCHULE OLDENBURG

OLDENBURG – Im Zuge der Errichtung eines neuen Stadtteils auf dem Gelände des Fliegerhorsts muss für eine ausreichende Anbindung an das Verkehrsnetz gesorgt werden. Laut der Stadt Oldenburg sollen auf dem Fliegerhorst in den kommenden Jahren Wohnungen für 3000 Menschen geschaffen werden. 950 Wohneinheiten, eine Kindertagesstätte und eine Grundschule sind in Planung.

Der erste Bauabschnitt soll am Mittelweg anschließen und 90 Wohneinheiten beinhalten. Der dazugehörige Bebauungsplan N-77D ist seit dem 11. August 2017 rechtskräftig. Auf dem dazugehörigen Bebauungsvorschlag sind bereits geplante Straßen, verschiedene Wohnungsarten und eine Kindertagesstätte neben dem Kleinen Bürgerbusch eingezeichnet. Unterstützt wird diese Planung von Grünflächen und Wanderwegen.



Es gibt mehrere Pläne für die Anbindung des Geländes auf dem Fliegerhorst.

BILD: MEDIENGRAFIKSCHMIEDE

Um nicht nur diesen Plänen, sondern auch zukünftigen eine gute Verkehrsanbindung gewährleisten zu können, ist eine Straßenanbindung an die benachbarten Stadtteile wichtig. Die Alexanderstraße sei für eine erhöhte Verkehrsabwicklung nicht geeignet, so Oberbürgermeister Jürgen Krogmann. „Deshalb ist es nur folgerichtig, die Ent-

lastungsstraße zu bauen. Mit ihr schaffen wir die Voraussetzung für ein Zusammenwachsen des gesamten nordwestlichen Stadtgebiets.“

Die fünf Vorschläge der Ingenieure liegen der Stadt bereits vor. Eine Entscheidung steht noch aus, der Bau soll erst im Frühjahr 2020 beginnen und rund 14,6 Millionen Euro kosten.